Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Filialen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Carl Hoffmann in Bielefeld.**

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 193. **Bielefeld, Mittwoch, 19. August 1896.** **7. Jahrgang.**

Ein sozialistisches Genossenschafts-Projekt.

Dank der intelligenten Fürsorge der Polizei für das Wohl des Volkes haben die deutschen Arbeiter nicht jene thörichten Experimente sozialistischer und halbsozialistischer Art machen können, durch welche die Arbeiter anderer Länder so viel Zeit und Geld verloren haben. Bei der Unmöglichkeit solcher Versuche von Produktivgenossenschaften, Warenbanken usw. haben sie sich auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf beschränkt, indem sie von ersterem eine Besserung der Verhältnisse, soweit eine solche auf dem Boden des Bestehenden möglich ist, erwarten, und von dem zweiten eine schließliche allgemeine Umbildung der Gesellschaft, sobald dieselbe reif genug geworden ist. Das hat zur Folge gehabt, daß die deutschen Arbeiter die politisch Fortgeschrittensten gegenüber den anderen sind.

Besonders die englischen Arbeiter haben trotz der politischen Freiheit des Landes nur in den Gewerkschaften das erreicht, was sie erreichen konnten. Derselbe praktische Sinn, der sie hier so weit geführt, verführte sie auf der anderen Seite zu immer neuen scheinbar praktischen Experimenten gegenüber einer auf erst in der Zukunft liegende Erfolge gerichteten politischen Thätigkeit.

Das bekannte Buch von Bellamy hat bekanntlich in Amerika verschiedentliche sozialistische Gründungen veranlaßt, die alle elend gescheitert sind; nunmehr beginnt eine solche bellamistische Gründung in England größere Bedeutung zu gewinnen. Ihr Ende wird, trotz der großen Vorsicht der Begründer, natürlich dasselbe sein; immerhin aber dürfte eine kurze Betrachtung des interessanten sozialen Phänomens angebracht sein.

Die Anregung ging 1892 von John Orme, dem Führer einer der sozialistischen Arbeiterparteien und von Wallace, einem christlich-sozialistischen Geistlichen aus. Zunächst sollen einige Tausend Mitarbeiter und ein Fonds von 40 000 Mk. gesammelt werden, dessen Kunden die Mitglieder sind.

Hier liegt ein an sich sehr verständiger Gesichtspunkt vor: Die Organisation des Konsums der Arbeiter. Wie die Arbeiter organisiert in der Produktion eine große Macht vorstellen, so auch in der Konsumtion. Durch die Zersplitterung ihrer Einkäufe in viele kleine Geschäfte verteuern sie die Waren sich selbst, denn die kleinen Geschäfte arbeiten natürlich teurer wie die großen. Ein großes Warenhaus, das an den Mitgliedern sichern Absatz hat, kann billiger liefern und außerdem noch Dividenden zahlen. Diese Dividenden sollen nun nicht nach Art der Konsumvereine jährlich ausgezahlt werden, sondern sie bleiben einbehalten als Einzahlungen für eine Alters- und Krankenversicherung der Mitglieder. Dadurch wird in einer Reihe von Jahren ein bedeutendes Kapital angesammelt, mit dem in ländlichen Distrikten Produktiv-Genossenschaften gegründet werden, zunächst für solche Artikel, welche in dem Warenhaus von den Mitgliedern bezogen werden. Der Kreis der Produktion und der produzierten Artikel wird dann immer weiter gezogen, bis eine völlige sozialistische Genossenschaft vorhanden ist, die Alles umfaßt und sich selbst im Wesentlichen genügt.

An sich betrachtet, ist der Plan ja nicht so aussichtslos. Sozialistische Produktiv-Assoziationen innerhalb der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft pflegen außer an inneren Streitigkeiten daran zu scheitern, daß es an Absatz für die produzierten Waren fehlt, oder daß, falls der Absatz erreicht wird, die Genossen im Laufe der Zeit, wie die Pioniere von Rochdale, sich selbst zu Kapitalisten entwickeln, die andere ausbeuten. Dadurch, daß die Mitglieder einen festen Stamm der Konsumenten abgeben und zunächst nur für deren Bedürfnisse gearbeitet werden soll und fernerhin eine möglichst für sich abgeschlossen produzierende und konsumierende Genossenschaft sich herausbilden soll, ist wenigstens die Möglichkeit des Mißerfolges durch mangelnden Absatz ausgeschlossen. Die kommunistischen Niederlassungen der mährischen Brüder und manche anderen kommunistischen Gesellschaften haben in dieser Weise lange Existenzfähigkeit gehabt und sind teilweise nur der rohen Gewalt von außen her unterlegen. Aber die weitere Gefahr, ihrerseits Ausbeuter zu werden, Arbeiter zu verwenden, die nicht Genossen sind und denen gegenüber sie als Genossenschaften Ausbeuter waren, sind diese Vereinigungen fast alle gelaufen. Daß alsdann der letzte soziale Wert, den ein solches Unternehmen noch haben kann, schwindet, ist wohl klar. Außerdem muß man nie vergessen, daß fast regelmäßig, wenn derartige Genossenschaften nicht auf religiöser Grundlage ruhten oder eine übermächtige Persönlichkeit sie patriarchalisch leitete, nach kurzer Zeit Streitigkeiten sie ruinierten. Es wird in ihnen zu viel Verleugnung der natürlichsten Triebe verlangt, als daß sie ohne religiöse Begeisterung existieren könnten. Wenn nun auch die Begründer von frommen Gesichtspunkten ausgehen, so ist denn doch fraglich, ob heute selbst in England noch die nötige Intensität religiöser Gefühle aufzutreiben ist.

Indessen, selbst wenn alles glückt — was ist damit erreicht?

Am Anfang aller Geschichte steht die Gewalt als bildender politischer und sozialer Faktor, und jeder Fortschritt war in der einen oder anderen Weise ein Resultat der Gewalt. Man mag das vom religiösen Standpunkt aus beklagen, aber da dadurch an der Sache selbst nichts geändert wird, so beweist man damit lediglich, daß moralische und religiöse Betrachtung nicht politisch-historische Betrachtung ist. Das politische Problem ist nicht: eine Organisation zu schaffen, durch welche einigen oder vielen eine gerechter erscheinende Verteilung ermöglicht wird, sondern: die innere Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen und ihren aus vielen Gründen notwendig werdenden und notwendig erfolgenden Umschlag in die sozialistische zu unterstützen. Die gefühlte Ungerechtigkeit und der auf dem Arbeiter lastende Druck sind nicht Schäden, welche reformiert werden müssen, sondern Mittel zu einer Umwälzung der Produktionsweise. Orme und Wallace schaffen im besten Fall ein soziales Idyll inmitten der großen politischen Kämpfe der Gegenwart; denn wenn ihre Organisation den Ehrgeiz haben wird, umfassender zu werden und dem Kapitalismus Konkurrenz zu machen, wird dieser sofort sich zu verteidigen wissen, und falls sie nicht irgend eine wirkliche handfeste Macht hat, sie wegfegen, wie er das Idyll der mährischen Brüder weggefegt hat. Wäre die Möglichkeit da, daß durch allmähliche Erweiterung der Organisation nach Maßgabe der Ersparnisse und Ueberschüsse schließlich das ganze Kapital aufgesaugt und so in den Besitz der jetzt Ausgebeuteten gebracht werden könnte, so wäre ja die Sache sehr einfach. Noch bequemer ließe sich das erreichen, wenn man alsdann einem Vorschlag folgte, mit welchem vor einigen Jahren in Berlin die soziale Frage von einem naiven Mann gelöst wurde: man gründet Kaufhäuser, kapitalisiert die Dividenden, schlägt Zins auf Zins, und hat in einigen Jahrzehnten, nach Analogie der bekannten Rechnung von dem zur Zeit Christi ausgeliehenen Pfennig, ein Kapital, mit dem man wesentliche Unternehmungen, Fabriken, Güter, Häuser u. s. f. aufkaufen kann, um in ihnen nunmehr sozialistisch zu wirtschaften. Man vergißt eben, wenn man zu sehr in den bürgerlichen Anschauungen vom Rechtsstaate aufgewachsen ist, daß das Kapital nichts weiter ist, als ein Recht auf Ausbeutung, welches durch die Macht des Staates aufrecht erhalten wird; daß der Rechtsstaat eine Fiktion ist, welche sofort verschwindet, wenn jenes Recht der Ausbeutung bedroht ist, selbst auf dem für ihn sonst ganz legitimen Wege des Abkaufens.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 19. August.

— **Die Entlassung des Kriegsministers Bronsart von Schellendorf** beherrscht in gegenwärtiger, an politischem Stoff so armer Zeit natürlich die öffentliche Diskussion in der Presse. Vor allem werden die „Gesundheits-Rücksichten", mit denen der Kriegsminister sein Abschiedsgesuch begründet hat, nirgends recht ernst genommen. Die „Germania" bemerkt diesbezüglich: „Von einer ernstlicheren Erschütterung seiner Gesundheit war bisher kaum etwas bekannt gewesen. Dennoch hatte er einen außergewöhnlich langen mehrmonatlichen Urlaub angetreten, was schon damals zu Rücktrittsgerüchten Anlaß gab, denen jedoch, weil damals noch verfrüht, alsbald ein Dementi gefolgt war. Die wirklichen Gründe liegen unseres Erachtens nicht so sehr in der Frage der Militärstrafprozeß-Reform, die ja thatsächlich noch nicht erledigt ist, von der es jedoch heißt, daß der Reichskanzler bestimmt in der Lage sein werde, seinem Versprechen gemäß die betreffenden Reformvorschläge im Herbst dem Reichstage zu unterbreiten. Da Fürst Hohenlohe und der

---

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

28 [Nachdruck verboten.]

„Und wer spielt dann die Königin?" fragte der Direktor, „sie ist zwar sehr zusammengestrichen, aber sie muß doch gespielt werden."

„Die zusammengestrichene Königin könnte ich schon zur Genüge spielen," meinte das Fräulein Schnober.

„So, nun dann sind wir aus aller Verlegenheit," entschied die Direktorin, froh, daß sie die Eboli wieder hatte.

„Aber Frl. Schnober ist doch zu alt, um die junge Königin zu spielen," erinnerte der Direktor.

„Sie scheint aber eine gewandte Schauspielerin zu sein und ich werde sie schon jugendlich herausputzen."

„Dann mag für diesmal Fräulein Hernig sich mit der Rolle einer Hofdame begnügen, bis sie eingerichtet ist."

„Bist Du toll, Mann?" rief aber jetzt die Direktorin, ihren Mann beiseite ziehend, „Du mußt doch einsehen, daß diese Person gar nicht zu uns paßt. Läßt Du sie heute als Figurantin nur auftreten, bekommt ihr Kontrakt Rechtskraft."

„Das wird er so wie so, wegen des Agenten."

„Ach was, unsere Leute werden alle bezeugen, daß sie unbrauchbar ist."

„Die Rückreise und die Herreise müßten wir ihr doch unter allen Umständen vergüten."

„Nicht einen Pfennig, warum giebt sie sich für eine Schauspielerin aus, da sie doch keine ist?"

„Willst Du die Sache in Ordnung bringen?"

„Ich werde sie in Ordnung bringen. Fräulein, Ihre Mitwirkung ist heute unmöglich, Sie können sich zurückziehen; morgen werden wir das weitere mit Ihnen abmachen. Was Sie heute verzehren, werden wir bezahlen."

„Was ich verzehre, werde ich bezahlen, Frau Direktorin. Adieu."

Da Fräulein Schnober erklärte, sie könne die Königin nach dem Souffleur spielen und auch eine genügende Beweisprobe gab, so wurde vom weiteren Probieren abgesehen.

Das junge Mädchen saß nach seiner verunglückten Probe voller Thränen in seiner Dachkammer und klagte:

„Ach, wenn ich doch nur gestorben wäre, und Du, meine gute Veronika, samt Väterchen und Mütterchen hätten sich schon über meinen Tod getröstet. Es ist doch gar zu traurig und schlecht in dieser Welt eingerichtet. Wie haben die Leute bei unseren Aufführungen meine Talente gerühmt und bis zum Himmel erhoben! Jetzt, wo ich sie zur Freude meiner Eltern verwerten will, kann ich sie nicht einmal bei einer solchen herumziehenden Truppe, „Meerschweinchen" nannte sie Julius, verwerten und werde sogar noch von Zudringlichkeiten der ekelhaftesten Art bedroht. So ein roher, schmutziger Mensch mit einer Karfunkelnase will auch bei mir den ersten Liebhaber spielen. Nun hat Veronika um meinetwillen ihr ganzes kostbares Pelzzeug im Angesicht des Winters versetzt, das ich im Handumdrehen wieder zu verdienen dachte, und was wird sie nun sagen? Aber hier bleiben kann ich nicht, Veronika, das würdest du selbst sagen. Ach, wenn ich nur wieder bei dir sein könnte, du liebe, gute Schwester. Ich bin zwar keine so kunstfertige Stickerin, wie du zu meinem Erstaunen geworden, aber soviel, um dir nicht zur Last zu fallen, verdiene ich doch gewiß, und dann habe ich wenigstens nicht nötig, mich so von jedem Lumpen beschimpfen zu lassen. Wie können nur die Menschen so entarten. Ach, sie sind wohl auch durchs Schicksal verwahrlost, sonst wären sie gewiß alle besser. Man darf sie nicht verdammen. Wer weiß, wie ich, wie viele andere geworden wären, hätte man sie auch so verwahrlost, wie jenen Menschen."

Das Mädchen, welches unbewußt bei diesem Selbstgespräch in ihren Locken herumgewühlt hatte, so daß sie zuletzt endlos um ihr Gesicht herumflossen, wurde jetzt durch die Magd gestört, die ihr ein gebratenes Huhn auftrug und dabei bemerkte:

„Dies Huhn, Fräulein, habe ich ganz auf meine eigene Verantwortung Ihnen zugerichtet, und ob Sie mir's bezahlen oder nicht, ist mir ganz gleichgültig, höchstens wäre es mir lieb, wenn Sie mir ein Billet gäben, damit ich Sie heute kann spielen sehen."

„Dieses Vergnügen, meine Gute, werden Sie wohl nie erleben, denn ich spiele bei dieser Gesellschaft, wie ich sie kennen gelernt habe, nun ganz gewiß nicht."

„O, dann ist es mir noch lieber, als wenn ich Sie auf dem Theater sehen könnte. Ich habe sogar ein wenig deshalb geweint, weil ich es fühlte, daß Sie dahinein doch gar nicht passen können, in solches Lumpenvolk."

„Meine Gute, das sind ja auch alles arme und zum Teil verunglückte, zum Teil verwahrloste Menschen. Man muß sich vorsehen, das wird immer klarer; aber man muß immer nachsichtig sein, nach Möglichkeit, weil wir doch nicht wissen, auf welche Weise die Menschen so geworden und ob doch nicht noch manches Gute bei ihnen zu finden ist. Sind wir doch auch nicht ohne Fehler, nicht wahr?"

„Nein, ohne Fehler sind wir nicht, obwohl ich schwören möchte, Fräulein, bei Ihnen ist kein falscher Blutstropfen zu finden."

Das Eintreten des Fräulein Schnober unterbrach jetzt das Gespräch.

„Kommen Sie, meine Liebe, wir haben hier ein Huhn, das wir zusammen verzehren werden."

„Ich bringe hier eine Depesche mit, die Ihnen der Direktor zu übergeben vergaß. Armes Fräulein, Ihre Hoffnungen sind wohl hier ganz begraben, und das könnte mich beinahe um Ihretwillen freuen. Ich, freilich muß wohl bleiben; was will ich sonst anfangen?"

Inzwischen las das Mädchen: „Wenn Du noch kein Engagement abgeschlossen, schließ' nicht ab. Andere Verhältnisse eingetreten. Julius."

„Wie es doch manchmal in der Welt so gut paßt, und manchmal will es wieder gar nicht passen. Lesen Sie nur; mein guter Bruder Julius, der gewiß alles daran gesetzt hat, um unserem Schicksal eine bessere Wendung zu geben, schreibt mir, telegraphiert mir, kein Engagement anzunehmen, zu einer Zeit, da ich schon weder Lust noch Aussicht mehr habe, eins zu bekommen."

„Wohl Ihnen, Sie reisen nach einer Stadt zurück, in welcher auch das einzige Wesen lebt, das ich auf dieser Welt noch lieben muß, weil es mein Vater ist, der mich verstieß, als ich zur Bühne ging. Wenn Sie zurückkehren, thun Sie mir nur die einzige Liebe und erkundigen Sie sich, ob nicht ein Tischlermeister Schnober noch lebt, Adolf Schnober."

(Fortsetzung folgt.)

erstochen und sich dann
Körder das Zimmer mit
det. Der Brand wurde

versuche verunglückten
ach der Oeffnung von der
reigegeben worden. Be-
ger gerade die Verletzung
hon lange vergeblich nach
ederholt erklärte er, daß
daß dieser Mangel noch
sei. Bevor er das ge-
kgrates fand, sollte ihm
Er brach sich beim Sturze

fer „Paul u. Blohm" ist
Verholen des norwegischen
r Maschinist ertrank.

agen ferner bei mir ein:
aul Reichenbach.

sen.
kauf.
gabe des Schuh-
ch von heute ab
o Stiefel zu
[2014*
heim.
erlinghausen.
tag, den 23. August,
chmittags 4 Uhr:
ßerordentliche
ral-Versammlung
des [2011
Arbeiter-Vereins
linghausen u. Umgegend
e des Herrn Ad. Niewald.
ordnung wird in der Ver-
g bekannt gemacht.
Erscheinen aller Mitglieder
ünscht.
Der Vorstand.

ke's
städtebuch
für reisende
, Handwerker u. Künstler
land, Oesterreich, Schweiz).
Bearbeitet von
Franz Diederich.
Preis 1,60 Mk.
en in der Buchhandlung
swacht", Schulstr. 20.

Quittungs-marken
in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel erer) liefert in saubersier ig die
kerei der „Volkswacht".

Beim
desamt Herford
sind eingetragen
. bis 14. August 1896:
Geburten.
(4): Arbeiter A. Hellemann, H. Benghaus, Handarbeiter r, Handelsmann P. Wimmer.
r (8): Handarbeiter F. n, Schneider H. Held (Zwil- chler H. Culemann, Former Anstreicher P. Becker, Kauf- Stuke, Ingenieur R. Nolte.
Sterbefälle (9).
F. Quest, 43 J. L. Dust- J. Wirt H. Schröder, Ehefrau L. Seeger, 64 J. 2 Tage. M. Steinbach, Haacke, 5 J. Kgl. Rent- D. Rechnungsrat Ch. Müller, Witwe F. Kenter, 58 J.
Aufgebote (1).
nn K. Höllig und M. Mönig.
schließungen (2).
F. Sonntag und Witwe Witwer A. Möhlmann und

Kriegsminister hierin, so viel man weiß, einerlei Meinung waren, so hätte ja auch des Reichskanzlers Rücktritt erfolgen müssen, wenn die Militärstrafprozeßreform die Ursache der Verabschiedung des Kriegsministers wäre. Vor der thatsächlichen Entlassung des Kriegsministers aber wurde in die Presse die Mitteilung lanziert, daß die persönlichen Differenzen zwischen dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts, dem General Hahnke, sich derart zugespitzt haben, daß der Kriegsminister seine Entlassung nehmen wolle. In der That scheint es sich zu bestätigen, daß wiederholt die Vorschläge und Wünsche des Kriegsministers in militärischen Personalfragen keine Berücksichtigung gefunden haben, und dies scheint zum mindesten die entscheidende Veranlassung für den Kriegsminister gewesen zu sein, sein Entlassungsgesuch dem Kaiser zu überreichen."

Die „Köln. Volksztg." läßt sich ähnlich aus und bemerkt: „Läge hier der Grund zum Wechsel im Kriegsministerium, so müßte man annehmen, daß die unverantwortliche Stelle über die verantwortliche den Sieg davongetragen hätte, was keineswegs erfreuliche Aussichten bezüglich der weiteren Entwicklung eröffnen würde. Ob die Krisis noch weitere Kreise ziehen oder ob sie vorläufig abgeschlossen ist, muß man abwarten. Jedenfalls haben jetzt die Krisengerüchte überhaupt neue Nahrung erhalten."

Auch die „Köln. Ztg." erklärt: „Der Rücktritt des Generals Bronsart v. Schellendorff ist ein Ereignis von ganz hervorragender Bedeutung, denn er kennzeichnet sich auch äußerlich in so offenkundiger Weise als ein Zurückweichen vor einer militärischen Nebenregierung, daß daraus Befürchtungen für unser Verfassungsleben erwachsen, nicht minder aber Besorgnisse für das harmonische Zusammenarbeiten der militärischen Faktoren, in dem wir eine der wichtigsten Grundbedingungen unserer militärischen Kraft erblicken. Daß General v. Bronsart nicht aus Gesundheits- oder Ermattungsrücksichten seinen Posten verläßt, ist unbestreitbar. Im Reichstage hat man bis in den Sommer hinein reiche Gelegenheit gehabt, seine feste Gesundheit, seine große körperliche und geistige Frische zu bemerken."

Auffallender Weise wird jetzt von fast allen Seiten bestritten, daß die Frage der Militärstrafprozeßreform, die immer als der Stein des Anstoßes galt, über welchen der Kriegsminister zu stolpern drohte, für seinen Abgang mitentscheidend gewesen sei. Die „Freis. Ztg." scheint daran jedoch nicht recht zu glauben. Sie schreibt:

„Wenn in der That der tiefere Grund für den Rücktritt des Generals Bronsart von Schellendorff die Frage der Reform der Militärstrafprozeßordnung ist, so sind auch die Tage der Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe gezählt. Der Reichskanzler hat bekanntlich im Reichstage mit Bestimmtheit eine Vorlage für die Reform des Militärstrafprozesses für den nächsten Winter angekündigt. Diese Ankündigung hat die Reichstagsmehrheit bewogen, der Vorlage über die vierten Bataillone ohne die in der ersten Lesung von verschiedenen Seiten verlangte Garantie für die Einbringung der Militärstrafprozeßreform zuzustimmen. In der zweiten Lesung am 15. Juni hat Abg. Richter gegenüber dieser Erklärung darauf hingewiesen, daß sich bei uns Ministerwechsel vollziehen, ohne daß mit den Personen selbst in den parlamentarischen Verhältnissen irgend eine Aenderung eintritt. Es könne wohl kommen, daß am 1. April nächsten Jahres zwar die Militärvorlage in Kraft tritt, während auf der anderen Seite die Militärstrafprozeßordnung ebenso in derselben Lage stecken bleibe, als sie jetzt schon 22 Jahre steckt. Allem Anschein nach ist das damals ausgesprochene Mißtrauen nur zu begründet gewesen. Es ist wohl möglich, daß Angesichts des bevorstehenden Besuchs des russischen Kaiserpaares in Deutschland und der Wirren im Orient vorläufig der Wechsel im Reichskanzleramt vertagt worden ist."

In einer sehr unbehaglichen Stimmung befindet sich der „Hann. Courier", das Leiborgan des ewigen Ministerkandidaten von Bennigsen, im Hinblick auf den Abgang des Kriegsministers. Er klagt:

„Aber auch ganz abgesehen von der Frage der Reform der Militärgerichte und den Plänen der Regierung für die nächste Reichstagssession bleibt der Rücktritt des Kriegsministers bedauerlich, weil er von neuem ein Beweis der Unsicherheit der Verhältnisse in den höchsten Regierungssphären ist. Im vorigen Jahre schied nach kurzer Thätigkeit Herr von Köller aus, in diesem haben wir — bis jetzt — bereits zwei Ministerdemissionen zu verzeichnen. Gegenüber der Beständigkeit, die früher in der Zusammensetzung der Ratgeber der Krone waltete und auf die oft mit einer gewissen Genugthuung hingewiesen wurde, nähern wir uns immer mehr französischen Zuständen, wo schließlich nur noch der Politiker von Fach weiß, wer augenblicklich der Leiter dieses oder jenes Ministeriums ist. Das Bedauern über einen erneuten Wechsel ist aber um so lebhafter, wenn es sich um einen Mann handelt, der als außergewöhnlich tüchtig anerkannt ist, der auch für die parlamentarische Debatte veranlagt war — wenn wir auch sein Auftreten nicht in allen Fällen zu billigen vermochten — und der die wichtigste aller Ministertugenden, den Mut der eigenen Meinung auch der höchsten Stelle gegenüber, besaß.

Ist Minister von Bronsart aus dem Amte geschieden, weil er an der Durchsetzung einer ausreichenden Reform der Militärgerichtsbarkeit verzweifelte, so wird sein Rücktritt die Einleitung sein zu schweren politischen Kämpfen, denn die Versagung der Reform würde als Sieg reaktionärer Strömungen aufgefaßt werden müssen, die auch sonst auf politischem Gebiet ihren Einfluß geltend machen würden. Ist aber Herr von Bronsart das Opfer persönlicher Reibereien geworden, so wäre das politisch nicht minder bedenklich, denn es würde den Stimmen Recht geben, die vor einigen Monaten — im April d. J. — laut Klage führten über den verhängnisvollen Einfluß von politisch unverantwortlichen Persönlichkeiten. Wie der Rücktritt schließlich auch begründet werden mag — wir meinen natürlich nicht durch irgend eine offiziöse Schönfärberei, die uns ja wohl schon morgen serviert werden wird, sondern durch die Thatsachen —, es bleibt auf jeden Fall ein politisch hochbedauerlicher Vorgang."

Natürlich wird auch die Persönlichkeit des scheidenden Ministers einer Erörterung unterzogen. Und dabei spielt denn seine Stellung zur Sozialdemokratie eine Hauptrolle. Die „Germania" sagt diesbezüglich: „Den scheidenden Kriegsminister charakterisierte besonders eine große Energie, die nicht selten rücksichtslose Formen annahm, namentlich gegenüber der Sozialdemokratie. . . . . In der parlamentarischen Debatte sprach er mit Offenheit, Klarheit und auch mit einer gewissen Konzilianz, die sich z. B. auch dem Zentrum gegenüber öfters erwies, dagegen trat er als rücksichtsloser Feind der Sozialdemokratie auf. Seine Rede war mit jovialem Humor gewürzt, der jedoch namentlich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gegenüber oft in Spott und Witz über, was für welche! R. d. „V.") umschlug, die Gegner zu werden, Gegenbeweise ersetzen sollten oder mußten. Seine Stellung zum Duell im Heere forderte den lebhaften Widerspruch von der Seite des Zentrums und aller Duellgegner heraus. Die letzten Befreiungsordnungen des Kriegsministers, um das Eindringen der Sozialdemokratie in die Armee zu verhindern, sind noch in frischer Erinnerung."

Die „Volksztg." schreibt zum gleichen Thema: „Was die Persönlichkeit des scheidenden Kriegsministers betrifft, so hat sich Herr Bronsart von Schellendorff in allen reaktionären Kreisen durch sein parlamentarisches Auftreten gegen die Sozialdemokratie in den Ruf jener sogenannten „Schneidigkeit" gebracht, die manchen Leuten als das Ideal aller Staatskunst erscheint. Wir halten von dieser „Schneidigkeit" weniger als nichts; wir haben auch oft genug Gelegenheit gehabt, im Parlament zu beobachten, wie Herr Bronsart von Schellendorff mit dieser „Schneidigkeit" gegenüber den sozialdemokratischen und anderen Rednern sehr erheblich den Kürzeren zog, so daß ihm dies selbst einmal von Seiten des ihm sehr freundlich gesinnten Zentrums im Reichstage öffentlich bescheinigt worden ist. Zum Ueberfluß war die Bronsart'sche Schneidigkeit, die ihren Inhaber zu den gewagtesten rednerischen Exzentrizitäten hinriß, in sich selbst nicht einmal konsequent. Denn einmal sprach der Herr Kriegsminister pathetisch von dem revolutionären Soldaten, der auf dem Sandhaufen erschossen wird, und von blutigen Straßenkämpfen, ein anderes Mal, als er sein „witziges" Register zog, meinte er, der sozialdemokratischen Revolution werde er schon mit der Feuerspritze Herr werden. Ueber die kleinen, überdies ungemein zweifelhaften Augenblickserfolge seiner temperamentvollen Redefertigkeit können die unzweifelhaften nachhaltigen Mißerfolge derselben daher nicht hinwegtäuschen. Wollen wir uns in die Seele der Sozialdemokratie hinein versetzen, so würde sie sich wahrscheinlich als Kriegsminister einen Mann von ähnlicher Beredtsamkeit wünschen, wie sie auch nur höchst ungern Herrn v. Köller vom Bundesratstisch verschwinden sah."

In letzterer Beziehung trifft die „Volksztg." durchaus das Richtige. Es thut uns aufrichtig leid, „unseren" Bronsart von Schellendorff verloren zu haben. Hat er uns im Reichstage doch manche vergnügte Stunde bereitet. Damit hat er seiner Sache, die nicht unsere war, meist schlecht gedient. Schade, ihn nicht mehr am alten Platze wiederzufinden. Uebrigens ist Herr Bronsart von Schellendorff der 19. Minister, der unter des jetzigen Kaisers Regierung seinen Abschied erhält.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Aug. Von der neuen Marinevorlage schreibt der „Volks-Zeitung" ein Berichterstatter: Eine neue Marinevorlage ist wieder im Gange. Admiral v. Tirpitz war beauftragt worden, einen Entwurf auszuarbeiten und hat auch diese Aufgabe erfüllt. Ueber die Höhe der finanziellen Forderungen schwanken die Angaben zwischen 100 bis 150 Millionen Mark! Auf Grund dieses Entwurfs soll weiter vorgegangen und dem Reichstag die entsprechende Vorlage gemacht werden. Wie der Korrespondent von gutunterrichteter Seite erfahren hat, ist bei den Konferenzen in Wilhelmshöhe die Marinefrage von dieser Seite aus in ergiebigem Maße zur Sprache gekommen. Es ist der lebhafte Wunsch ausgesprochen worden, daß für die Verstärkung unserer Flotte mehr Mittel flüssig gemacht werden müßten, und der Reichstag bewogen werde, diese Mittel zu bewilligen. Dieser Auffassung hat der Reichskanzler entgegengehalten, daß eine Mehrheit für die neue Marinevorlage im Reichstag nur dann zu gewinnen sei, wenn gleichzeitig die Zusage bezüglich der Reform der Militär-Strafprozeßordnung erfüllt werde. Die Zukunft wird lehren, ob der Reichskanzler seine Ansicht wird verfechten können.

Das „Berl. Tageblatt" erklärt nun allerdings diese Meldung für erfunden. Indessen ist es zweifellos, daß in letzter Linie noch ganz andere Pläne in bezug auf die Marine bestehen. Nur als ein Sympton für die Energie, mit welchen sich diese Pläne durchzusetzen versuchen, würden wir es auffassen, wenn sich die Nachricht bestätigt, daß sogar Fürst Hohenlohe den Versuch machen wird, diesem Reichstag 100 bis 150 Millionen für die Marine abzuverlangen. Wenn da auch die Lockspeise einer Militärstrafprozeßreform — und noch dazu einer zweifellos überaus verwässerten — hingehalten wird, glauben wir vorläufig noch nicht, daß das Zentrum darauf wird anbeißen können, so gern es auch möchte. Denn in zwei Jahren schon müssen die Herren vor ihre Wähler hintreten, und es ist doch sehr fraglich, ob sie sich da die Last aller der Panzerschiffe und all des damit verknüpften Elends der Steuerzahler zu tragen getrauen werden. Aber wie gesagt, wenn schon Fürst Hohenlohe sich bis zu 150 Millionen versteigen sollte, was schlummert dann erst im Schoße des Uferlosen! Nette Perspektive, wenn das Volk, wenn das Proletariat sich nicht energisch aufrafft.

Kiel, 17. August. Ein gewisser Theodor Lorentzen, früher Bäcker und jetzt Vorarbeiter auf der kaiserlichen Werft, hat gegen unsere Partei eine dumme Broschüre herausgegeben, die den Titel führt: „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis", und in welcher alle die bekannten kindischen Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie zum so und so vielten Male wiederholt sind. (Es beweist übrigens wieder einmal die völlige Geistesarmut und Hilflosigkeit der bürgerlichen Presse — nicht zum wenigsten der Bielefelder — daß sie sich sofort mit aller der Energie, deren sie fähig ist, an dieses Strohhälmchen von Broschüre anklammert.) Dafür wird der Mann von den Werftarbeitern ausgelacht, und damit geschieht ihm recht. Eine Anzahl Halbwüchsige aber, die jeden Anlaß zum Radau benutzen, haben den Spaß übertrieben, indem sie den verunglückten Schriftsteller auf der Straße mit Spöttereien regalierten, die nicht allzu zart gewesen sein mögen. Ein Kieler Lokalblatt benutzte das, um eine Schauergeschichte zusammen zu brauen, die nun von der Ostsee bis zu den Alpen die Runde durch die kapitalistische Presse macht. Der Kern dieser Schauergeschichte ist, daß angeblich die „Sozialisten" den Lorentzen wegen seiner Schartike auf der Straße beschimpfen und thätlich insultieren, vorletzten Sonnabend sei er beinahe ins Wasser gedrängt worden. Und was des Schwindels mehr ist. Man beruft sich dabei auf folgende Bekanntmachung, die der Direktor der kaiserlichen Werft hat anschlagen lassen: „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß ein Werftarbeiter, welcher kürzlich über die Verhältnisse der Arbeiter eine Broschüre geschrieben hat, von seinen politischen Gegnern beim Kommen und Verlassen der Werkstatt auf der Werft in Scharen begleitet, verhöhnt und beleidigt worden ist. Ich mache die Arbeiter darauf aufmerksam, daß ich nicht gesonnen bin, das Austragen politischer Zwistigkeiten auf der Werft zu dulden. Ich bin überzeugt, daß sich nur ein geringer Teil der Arbeiter an diesem Unfug beteiligt und daß nur wenige die Anstifter dieser Vorkommnisse sind. Ich warne jeden vor Wiederholung dieser Ausschreitung. Zuwiderhandelnde haben sich die Folgen ihrer Handlungsweise selbst zuzuschreiben. Siehe Arbeitsordnung § 3 zu 2 und 1 16. Dieser Befehl ist den Arbeitern sofort bekannt zu geben. gez. Dietrichsen.

Unser Kieler Bruderorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung", bemerkt zunächst gegenüber der schon erwähnten Schauernachricht, daß Lorentzen auf der Straße nicht thätlich insultiert worden ist, dies ist übrigens aus der Bekanntmachung selbst herauszulesen, und erwidert dann auf die Bekanntmachung des Werftdirektors: „Es waren nicht politische Gegner, die den Mann verspottet haben, sondern halbwüchsige Burschen, die eben jeden Anlaß, Radau, zu machen, benutzen, dasselbe Menschenmaterial also, aus dem sich bei exotischen Besuchen auf der Werft (Li-Hung-Tschang!) das Hurrapublikum rekrutiert. Um das teure Haupt ihres Lorentzen scheint übrigens die Werftdirektion sehr besorgt zu sein; sie hat ihm nämlich gestattet, morgens und mittags einige Minuten später wie seine Arbeitskollegen seinen Einzug in das Etablissement zu halten. Was endlich die Willensäußerung der Direktion betrifft, sie könne „das Austragen politischer Zwistigkeiten" auf der Werft nicht dulden, so möchten wir die bescheidene Bitte an die Herren stellen, diesen Grundsatz auch in ihren Verwaltungsprinzipien aufzunehmen und ihrerseits ihre Arbeiter mit „politischen Zwistigkeiten" nicht zu bestätigen."

Mainz, 18. August. Hier ist die neueste Nummer der „Neuen Welt" konfisziert worden. Die Konfiskation erfolgte wegen des Aufsatzes der Nazarener von Ludwig Lessen. Es wurden 180 Exemplare beschlagnahmt.

St. Ludwig, 17. August. Die für nächsten Sonntag nach der Schlucht bei Markirch geplante Volksversammlung, in der die sozialistischen Parlamentarier Bebel und Jules Guesde referieren sollten, ist bis auf weiteres verschoben worden, weil der Reichstagsabgeordnete Bebel, der als Referent dazu ausersehen, am Erscheinen verhindert ist. Voraussichtlich findet die Versammlung am 6. September statt.

Saarbrücken, 17. August. Ein Geistlicher teilt der „Voss. Zeitung" eine Reihe interessanter Einzelheiten aus den Verhältnissen des Königreichs Stumm mit. Da heißt es über die Entstehung der evangelischen Arbeitervereine:

„Als 1889 der erste Bergarbeiterausstand unter ultramontaner Leitung hervortrat, als dann in derselben Zeit die kaiserlichen Erlasse erschienen und der kaiserliche Ruf zur Mitarbeit der Kirche erschallte, als der Oberkirchenrat gleicherweise in „begeisterten Worten" zur sozialen Arbeit aufrief, als ferner im weiteren Verlaufe der Ausstandsbewegung die Leitung den Händen der Ultramontanen entglitt, und die Gefahr täglich wuchs, daß die Sozialdemokratie das Erbe der Ultramontanen antreten werde, als die sozialdemokratische Parteileitung ihr Auge auf das Saargebiet richtete und ein Liebknecht von den Bergleuten als „Genosse" zu einer Versammlung berufen werden konnte, als infolgedessen Anzeichen der Entkirchlichung und wachsender mißtrauischer Entfremdung der Arbeiter gegenüber den evangelischen Geistlichen immer bedenklicher hervortraten — da trat eine große Zahl von diesen in die soziale Arbeit ein durch Gründung von evangelischen Arbeitervereinen. Die Haltung dieser Vereine war eine durchaus friedliche, sie vereitelte z. B. den dritten Ausstand (Winter 1892/93), womit dann die ganze Ausstandsbewegung erloschen war. So weit diese Vereine politisch hervorgetreten sind, z. B. bei der letzten Militärvorlage, geschah es stets im Sinne der in Saarbrücken herrschenden Kartellparteien und unter Billigung derselben Kreise, die ihre soziale Thätigkeit jetzt als gemeingefährliche revolutionäre Erscheinungen brandmarken. Noch am 10. Nov. 1895 sah sich die Vertreter-Versammlung der evangelischen Arbeitervereine an der Saar veranlaßt, zu erklären, daß sie am Satz ihrer Statuten: „Währung und Pflege des friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern" als einen wertvollen und unerläßlichen Zweck ihrer Vereinsbestrebungen beharrlich festhalte, und daß sie sich durch die den Arbeitervereinen gestellten Aufgaben und Ziele zu einem entschiedenen Kampfe gegen die Religions- und vaterlandslose Sozialdemokratie, sowie gegen alle arbeiterfeindlichen Bestrebungen nach wie vor verpflichtet fühle. Kurz, die ganze Voraussetzung, als bestehe im Saarrevier eine politische Organisation christlich-sozialer Art, ist irrig."

Die Furcht vor der Sozialdemokratie war also die Triebfeder dieser christlich-sozialen Vereinsgründerei.

Weil das in Saarbrücken erscheinende „Evangel. Wochenblatt" mehrere Artikel gegen das Duell veröffentlicht und u. a. geschrieben hatte: „Das Duell müßte mindestens dem Verbrechen des gemeinen Raufbolds gleich behandelt werden, der im Rausche zum Messer greift, um seine Streitigkeiten auszutragen," machte Herr v. Stumm, der kurz vorher den Professor Wagner vor die Pistole gefordert hatte, seinem Zorn gegen den Redakteur durch einen Brief Luft, der das „Evangelische Wochenblatt" beschuldigte 1. einer Beleidigung des Andenkens des Kaisers Wilhelms I.; 2. einer Beleidigung des Offizierkorps, sowie aller derjenigen, die sich den betr. militärischen Vorschriften unterwerfen; 3. einer Verletzung seiner Person und 4. einer Gefährdung des öffentlichen Friedens!!

Ausgegraben wird auch der Beschluß der Unternehmer des Saarreviers vom 6. Juli 1877 über die „Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen". Diese Beschlüsse verpflichteten die Unternehmer: alle Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, zu entlassen; alle Arbeiter, die Wirtschaften besuchen, in denen sozialdemokratische Zeitungen aufliegen, zu entlassen; endlich: alle Arbeiter, die sozialdemokratische Zeitungen lesen, zu entlassen.

Der Gewährsmann der „Vossischen Zeitung" schreibt: „Es ist eine alte Erfahrung, daß Druck Gegendruck erzeugt. Das

„System der Gewalt“ mag bei abhängigen und untergebenen Leuten wohl mit Erfolg angewendet werden; bei freien, mündigen und unabhängigen Männern versagt es nicht nur, sondern ruft notwendig Widerspruch und Widerstreit hervor und zerstört das gegenseitige Vertrauen. In Saarbrücken hat sich dies deutlich gezeigt. Der Widerspruch gegen das „System Stumm“ reicht bis in die Kreise der Großindustriellen hinein. Man darf demgemäß erwarten, daß bei der nächsten Reichstagswahl dem Freiherrn v. Stumm die Quittung über sein Verhalten ausgestellt werden wird. . . . Die drei Jahre dauernde und in drei umfassenden Ausständen aufflammende Bewegung hat tiefe Spuren im Denken und Empfinden der Arbeiter zurückgelassen. Sie hat die Gemüter mit mancherlei neuen Gedanken erfüllt und die frühere Abgeschiedenheit der Arbeiter im Saargebiet beseitigt. Deshalb wird es nicht mehr möglich sein, diese Arbeiter allein durch die Fürsorge und Strenge des patriarchalischen Systems vor sozialdemokratischer Beeinflussung zu behüten. Soll sich dieser gegenüber ihre Widerstandskraft als nicht zu gering erweisen, so müssen die Arbeiter zu selbstständigem und überzeugtem Widerstande gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie erzogen und zusammengeschlossen werden.“ Das letztere können wir getrost abwarten.

Aus dem Auslande.

Schweiz. Zürich, 17. August. Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat einen längeren Bericht über den Krawall. Der Regierungsrat beabsichtigt eine namhafte Verstärkung des kantonalen Polizeikorps und den Erlaß einer Verordnung zum Zweck der Ermöglichung des raschen Aufgebots einzelner Truppenteile.

Spanien. Madrid, 17. August. Der Ministerpräsident Canovas erklärte in der Deputiertenkammer, Spanien habe keinen Grund, sich über den Präsidenten Cleveland zu beklagen. Der Ministerpräsident sprach sich ferner abfällig über die Reden Shermans und Morgans im Washingtoner Senat aus und empfahl „Besonnenheit“; eine Uebereilung würde verhängnisvoll werden. Der Karlist Meller warf der Regierung vor, daß sie die Freibeuter nicht hindere, die vereinigten Staaten zu verlassen und forderte den Ministerpräsidenten auf, die Rechte Spaniens hinsichtlich der Karolinen energisch zu verteidigen. Canovas erwiderte, Spanien könne auf kein Bündnis zählen, müsse sich vielmehr auf die eigenen Hilfsmittel verlassen, um Kuba zu erhalten.

Der ehemalige Kriegsminister der Republik Spanien (Spanien war 1873/74 Republik) Estebanez ist in Barcelona festgenommen worden.

Parteinachrichten.

Der Fall Kauffmann. Die Behandlung des Genossen Kauffmann in der Strafanstalt Hameln, sowie die Art der Ausführung des Transportes desselben nach Stade, veranlaßt unser Harburger Organ, an den Vorstand der Fraktion wie den Parteivorstand — soll wohl heißen Ausschuß — das kategorische Verlangen zu stellen, zu verhindern, daß sich ähnliches bei der am 21. d. M. bevorstehenden Rücktransportierung des Genossen Kauffmann von Stade nach Hameln wiederholt.

Des weitern wird verlangt, die Fraktion solle die Frage der einheitlichen Regelung des Strafvollzuges anschneiden. Da unser Harburger Organ in bezug auf die Notiz in Nr. 188 des „Vorwärts“ es ablehnt, Belehrung über den Strafvollzug unter sozialdemokratischer Direktive zu bedürfen, so setzen wir voraus, daß es unter der einheitlichen Regelung des Strafvollzugs eine unterschiedliche Behandlung politischer Strafgefangener und gemeiner Verbrecher verstanden wissen will.

Gegen ein solches Verlangen ist nichts einzuwenden. Nur hätte es der Stellung desselben nicht erst bedurft. Es ist überflüssig. Jede bisher sich darbietende Gelegenheit ist von der Fraktion benutzt worden, die Strafe der büßenden politischen Sünder aus dem Rahmen des heutigen Strafvollzugs herauszuheben. Ein gegenteiliges Verhalten wäre eine schwere Pflichtverletzung gewesen, und diesen Vorwurf hat bis dahin ein Genosse noch nicht erhoben.

Bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit wird der Fall Kauffmann mit dazu dienen, den Beweis zu liefern, daß es dem Geist des Zeitalters zuwiderläuft, politische Sünder gleich gemeinen Verbrechern zu behandeln. Eine weitere Anzahl gleicher, fast noch monströserer Fälle werden dann ebenfalls der Vergessenheit entrückt werden.

Doch Hand aufs Herz! Glaubt unser Harburger Organ, mit der parlamentarischen Fruktifizierung genannter Vorkommnisse würden wir in der nächsten Zukunft Erfolge erzielen? Wir sind nicht so optimistisch, dies zu glauben in einer Zeit, in der die Anwendung aller zulässigen Zuchtmittel gegen die Preßsünder, wie es scheint, planmäßig zur Ausführung kommt.

Deshalb ist es uns völlig unverständlich, wenn das Harburger Organ die Fraktion im Interesse der Humanität und Menschlichkeit beschwört, aus ihrer Reserve herauszutreten und eine Aenderung in der Behandlung Kauffmann's herbeizuführen. Als oratorischer Erguß eines entrüsteten Gemüts hört sich so etwas sehr gut an, und macht bei den Nichtwissenden auch Effekt. Aber ein erbärmlicher Charakter wäre der Genosse, der durch einen Appell an die Humanität und Menschlichkeit an seine Pflicht erinnert werden müßte. Wäre dem so, dann gute Nacht Sozialdemokratie.

Um nun zu erreichen, daß Genosse Kauffmann auf dem Rücktransport nicht mit der Kette geschlossen geführt und bei seiner Ankunft in Hameln nicht wieder in Gefangenkleidung gesteckt, ihm auch nicht der Bart genommen und das Haupthaar geschoren und dem Genossen Selbstbeschäftigung bewilligt wird, verlangt unser Harburger Organ allen Ernstes, der Fraktionsvorstand bezw. Ausschuß soll diesbezüglich bei dem Ministerium vorstellig werden.

Bisher war es nicht Sitte, daß Genossen in Ministerhotels antichambrierten, um für sich oder andere persönliche Vorteile zu erreichen, ebensowenig wie bis dato ein Genosse die landesherrliche Gnade angerufen hätte. Und so wird es hoffentlich auch bleiben.

So leid es uns thut, weder Fraktionsvorstand noch Ausschuß sind im Stande, vorbeugende Maßregeln verlangter Art gegen die Behandlung inhaftierter Genossen ergreifen zu können.

Würde dem Ansinnen unseres Harburger Organs entsprochen und Genosse Bebel oder Singer den Minister aufsuchen, — setzten sich dieselben nicht der Fatalität aus, die Antwort einstecken zu müssen: Warten Sie es doch erst ruhig ab, ob Kauffmann geschlossen transportiert und allen Bestimmungen der Hausordnung in Hameln unterworfen wird?

Denn den Minister möchten wir kennen lernen, der leichten Herzens auch nur den Verdacht auf sich lenken möchte, einem Sozialdemokraten behilflich und förderlich gewesen zu sein.

Zum Ueberfluß wollen wir zur Klarstellung noch bemerken: Den Antrag auf Selbstbeschäftigung muß der Strafgefangene selbst stellen. Wird dem Antrag stattgegeben, so wird der Verlag in Harburg gewiß ohne Sträuben für Arbeit und Kosten sorgen.

Sollten sich in dieser Beziehung Schwierigkeiten ergeben, so sind wir gern bereit, einen anderweiten Arbeitgeber nachzuweisen.

Das ist die einzige Form, in der der Fraktionsvorstand oder Ausschuß lindernd in das Loos unserer strafgefangenen Genossen eingreifen kann.

Lehnt die Gefängnisverwaltung den Antrag ab, so können die Vorgenannten erst dann gegenüber dem Genossen ihre Pflicht erfüllen, wenn derselbe glücklich die Strafzeit überstanden hat.

Hierüber die Genossen aufzuklären ist zweckdienlicher, als in allarmierender Form Forderungen zu stellen, die ein Sozialdemokrat nicht erfüllen kann. W. Pfannkuch.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 19. August.

— **Zu der geplanten Extrafahrt** nach der Berliner Gewerbeausstellung, schreibt der „Wächter“, haben sich über 500 Teilnehmer gemeldet, so daß zu erwarten ist, daß die Eisenbahnverwaltung den Extrazug stellen wird. Außerdem hat sich das Reisebureau von Karl Stangen erboten, die Gesamtleitung für eine sehr billige Pauschalsumme, in welcher die Preise für Unterkunft, Unterhalt und Eintritt in sämtliche Veranstaltungen enthalten ist, zu übernehmen. Näheres darüber werden wir demnächst den Interessenten zur Kenntnis bringen. — Dem Blatt wird ferner geschrieben: Auf den Antrag des Herrn Handelskammersekretär Dr. Kandt an die Eisenbahndirektion wegen eines Extrazuges nach Berlin ist bislang eine Antwort nicht eingetroffen; es ist jedoch zu hoffen, daß bei dem offenbaren Vorliegen eines öffentlichen Interesses die Direktion den Antrag bewilligt. Manche nehmen irrtümlich an, daß weitere Meldungen ausgeschlossen sind; dies ist nicht der Fall, vielmehr nehmen alle Expeditionen der hiesigen Zeitungen noch weitere Meldungen entgegen. Ueber den Tag der Abfahrt gehen die Wünsche auseinander; die Angestellten in den Fabriken u. a. halten Sonnabend Abend für die geeignetste Zeit. Hoffentlich wird sich, wie auch immer die Direktion die Abfahrtszeit festsetzt, bei dem Zustandekommen des Zuges niemand von der Fahrt abhalten lassen. Sollte der Zug nicht zu stande kommen, so sei noch darauf aufmerksam gemacht — was gar nicht genügend bekannt zu sein scheint — daß man an jedem Dienstag und Freitag mit den Personenzügen 3. Klasse zur Ausstellung fahren kann mit einer Rückfahrkarte von 10 Tagen Giltigkeit zu dem Preise von 14,80 Mk. — Das letztere ist ein Irrtum. Das Billet kostet 17,30 Mk., berechtigt aber zur Benutzung der Schnellzüge.

— **Fahrraddiebstahl.** Am 7. d. Mts., Abends, ist in Minden ein Fahrrad gestohlen, welches die Nr. 37383 trägt und in der Bielefelder Maschinenfabrik vormals Dürkopp u. Co. angefertigt ist. Der vermutliche Dieb hat angegeben, daß er Buchdrucker sei und in Paderborn eine 56tägige Uebung beim Husaren-Regiment mitgemacht habe. Am 9. d. Mts. ist in Minden für den Thäter eine Depesche aus Worms unter der Adresse „Wilhelm Kaiser“ und des Inhalts „Komme morgen früh“ angekommen. Vom Verbleib des Thäters und des Fahrrades hat man bis jetzt keine Spur.

— **An Wechselstempelsteuer** sind im Monat Juli im Bereich des Oberpostdirektions-Bezirks Minden eingenommen: 7160 Mk., Münster 4344 Mk., Dortmund 17984 Mk. Seit dem 1. April 1896 wurden in den Bezirken vereinnahmt: 29294 Mk., 15666 Mk. und 68167 Mk.

— **Steckbrieflich** verfolgt wird von der hiesigen Staatsanwaltschaft der flüchtige Pferdehändler Baptist Demetre, zuletzt zu Linden in Hannover, gegen welchen die Untersuchungshaft wegen Wechselfälschung verhängt ist.

Löhne, 17. August. Hier wurde von dem Sohne des Mühlenbesitzers K. an der Werre, unweit der Behmer-Mühle, ein Fischreiher erlegt.

Werden, 14. August. Ein bei dem Maurer Z. im Weinberg hier zum Besuch weilendes fünfjähriges (!) Kind erlitt gestern durch Petroleum, welchen es ins Feuer gießen wollte, derartige Brandwunden, daß es noch am selben Tage starb.

Wiesdorf, 14. August. An einem Neubau stürzte vorgestern ein Gerüst ein, auf welchem vier Maurer thätig waren. Vier Arbeiter stürzten vom zweiten Stockwerk hinab in den Keller. Durch die nachstürzenden Stein- und Mörtelkübel wurden alle vier schwer verletzt. Zwei von ihnen erhielten Schädelbrüche.

Hagen, 17. August. Der Akkumulatorenbetrieb auf den Straßenbahnen gewinnt immer neuen Aufschwung. Die Firma Siemens u. Halske in Berlin hat jetzt die hiesige Straßenbahn käuflich erworben; der Abschluß ist perfekt bis auf die formale Genehmigung der Stadtgemeinde in die Konzessionsübertragung. Die Anlage soll vergrößert und durchweg elektrisch betrieben werden. Der Betrieb wird einer in Verbindung mit der Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft in Hagen stehenden neu zu begründenden Aktiengesellschaft übertragen werden. Ein Teil der Hagener Straßenbahnen wird bereits seit eineinhalb Jahren mit Akkumulatoren obiger Firma betrieben. Die Betriebsart ist von jetzt ab durchweg auf dieser Basis gedacht; teilweise kommt reiner Akkumulatorenbetrieb, teilweise das sogen. gemischte System wie in Dresden und Hannover zur Anwendung.

Iserlohn, 17. August. Im benachbarten Rafflingen wurde beim Brunnenbohren eine mächtige Erzschicht entdeckt. Die Sachverständigenuntersuchung ergab Platina.

Gerichtliches.

Prügelpädagoge. Vor der Bielefelder zweiten Strafkammer als Berufungsinstanz spielte sich gestern eine Privatklage ab, welche auf unsere Schulverhältnisse ein überaus trauriges Licht warf. Der Lehrer Heintz in der Ortschaft Stetefreund bei Herford hatte dort einen Knaben, welcher die schriftlichen Schularbeiten nicht genügend angefertigt, die Bitte nicht ordentlich gelernt hatte und in der Schule im Rechnen nicht mitkam, mit einem daumendicken Stocke geschlagen, so daß sich an dessen Körper, wie der Arzt festgestellt hat, bis zu 3 cm breite und 7 cm lange Striemen vorfanden, und zwar an den Oberarmen, den Schulterblättern, dem Rücken, den Oberschenkeln und der Kniekehle. Auf die Klage des Vaters hatte das Schöffengericht in Herford den Lehrer freigesprochen mit der Begründung, er habe das ihm zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten. Allerdings hatte der Knabe keinen dauernden Nachteil an seiner Gesundheit erlitten. Bei der gestrigen Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Lehrer Heintz, welchem der Kreisschulinspektor das beste Zeugnis ausstellte, indem noch nie eine Beschwerde gegen ihn eingelaufen sei, im ganzen Dorfe unbeliebt war wegen seines Prügelns und sonstigen thätlichen Benehmens gegen die Kinder (Ohrenzupfen), auch sind Anzeigen gegen ihn erstattet worden, sie müssen doch wohl aber ihren Weg nicht bis zum Kreisschulinspektor gefunden haben. Schließlich wurde der Lehrer Heintz wegen vorsätzlicher Mißhandlung zu 10 Mk. Strafe verurteilt. Die Strafe war so niedrig bemessen, da er durch die Faulheit und sonstige Ungezogenheit des Knaben gereizt worden sei. In der Begründung des Urteils wurde noch besonders hervorgehoben, daß sich das Gericht zu dem Oberverwaltungsgericht in Gegensatz stelle; dagegen befinde es sich im Einklang mit der bisher üblichen und auch vom Reichsgericht befolgten Judikatur.

So sehr wir die Verurteilung des Lehrers billigen, so wenig können wir uns mit der Entschuldigung desselben durch Gereiztsein über die Faulheit und sonstige Nichtsnutzigkeit des Knaben befreunden. Wir fragten uns während der Verhandlung, als sich die ganze Prügelsucht dieses Lehrers in voller Glorie entrollte, erstaunt, wie überhaupt die Kinder bei einem solchen Lehrer etwas lernen sollen? Wo da Lust und Liebe zum Arbeiten und Lernen herkommen soll? War es nicht menschlich sehr natürlich und doch vom erzieherischen Standpunkt aus ganz entsetzlich, daß der am ganzen Körper braun und blau geschlagene Junge in seiner durch die Schmerzen hervorgerufenen Wut geäußert hat, wenn der Lehrer ihn noch einmal so schlüge, so schlüge er ihn mit seinem Holzschuh ins Gesicht? Diese Verrohung des kindlichen Gemüts ist die Frucht der Erziehung jenes Lehrers, welcher wiederum mit seiner Prügellust zum größten Teil ein Opfer unseres verabscheuungswürdigen Systems ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Seit 6 Wochen befinden sich die Tischler in Plauen i. V. im Ausstand, um eine Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent und einen Mindestlohn von 15 Mk. pro Woche zu erzielen. 8 Arbeitgeber mit 30 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt; 35 Arbeitgeber haben sich bei einer Konventionalstrafe von 100 Mk. verpflichtet, die Forderungen nicht zu bewilligen.

Eine versuchte Verständigung vor dem Einigungsamt verlief resultatlos, weil die Stimmen der Arbeitgeber denen der Arbeitnehmer gegenüberstanden und der Vorsitzende sich der Abstimmung enthielt. Der Vorsitzende bemühte sich vergebens, die Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß die Forderungen der Arbeiter gerechtfertigt seien. Die Arbeitgeber verließen schließlich eine zweite Sitzung des Einigungsamtes.

Von den 90 in den Ausstand getretenen Tischlern befinden sich noch 25 Verheiratete mit 60 Kindern im Streik. 50, worunter 12 Verheiratete, sind abgereist.

Da das Gewerkschaftskartell auf Grund der Armenordnung Sammlungen am Orte nicht veranstalten darf, so rechnen die Ausstehenden auf die dringend notwendige Unterstützung von außerhalb. Adresse: Hübner, Johannstr. 75, Plauen i. V.

Kunst und Litteratur.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“ hat es für angebracht gehalten über die **Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Kongresses in London** ein Protokoll herauszugeben, das am Freitag, 21. August, zur Ausgabe gelangt. Da die offiziellen Protokolle der Internationalen Kongresse immer sehr verspätet erscheinen und wegen des großen Umfanges auch eine Preisfestsetzung erfordern, die es ungemein erschwert, daß dieselben in die Massen dringen, dürfte für die Parteikreise diese deutsche Protokollausgabe um so willkommener sein, als der billige Preis — 20 Pfennige — den Massenabsatz ermöglicht. Die in London gepflogenen Debatten und gefaßten Beschlüsse erfordern zu ihrer Wirksamkeit aber, daß sie in den Massen bekannt und bethätigt werden.

Vermischtes.

Wie Jemand auf einer Polizeiwache in Berlin zugerichtet worden ist, geht aus folgendem vom „Vorwärts“ veröffentlichten ärztlichen Attest hervor:

Den Tischler Christian Otto, 37 Jahre alt, habe ich gestern Nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr einer eingehenden Untersuchung unterzogen, wobei folgender Status konstatiert wurde:

Der Mann befindet sich körperlich im Zustand fast völliger Erschöpfung. Sein Körper weist frische Zeichen der entsetzlichsten Verletzungen auf und zwar:

Augen: Konjunktualblutungen, starke Schwellungen und dunkelblaue Färbung der unteren und oberen Augenlider beiderseits.

Im Gesicht: Reichliche kleinere und größere Schrammen und gelbe Flecke, geschwollene Lippen.

Arme: Linker Oberarm weist auf der Streckseite eine starke Quetschung der gesamten Muskelmasse, Schwellung, sowie gelbe und dunkelblaue Verfärbung auf. Desgleichen linker Ellenbogen. Linker Handrücken hochgradig geschwollen, schmerzhaft. Linke Schulterblattgegend blutunterlaufen, geschwollen, grüngelb verfärbt.

Rücken: In der Mitte der Wirbelsäule und von da nach rechts in der Ausdehnung von der Größe einer Handfläche ähnliche Effekte von Quetschung.

Denselben Effekt weist die Kreuzbeingegend auf.

Beine: Das ganze linke Bein einschließlich des Gesäßes

stellt ein große Fläche roter, grüner, gelber, blutunterlaufener Striemen dar. In der Gegend des Hüftgelenks eine tiefe drei Zentimeter lange stichartige Wunde, die unter sichtbarer Durchtrennung der Muskeln in die Tiefe dringt. Im Verlaufe des Beins befinden sich noch zwei oberflächliche Wunden. Rechtes Bein weist bedeutend weniger Verletzungen auf.

Folgt Unterschrift des Arztes.

Nachdem Otto nach seiner Entlassung aus dem Polizeigewahrsam wenige Stunden zu Hause bettlägerig war, verschlimmerte sich sein Zustand derartig, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Hoffentlich wird die Untersuchung die Veranlassung zu dieser unglaublich rohen Behandlung ergeben und die Bestrafung der Schuldigen herbeiführen.

Ein Krach in der Fahrradbranche scheint infolge der Ueberproduktion mit Schluß der diesjährigen Saison bevorzustehen. Den Reigen eröffnet eine alte Berliner Firma in der Prinzenstraße, über die bereits der Konkurs eröffnet ist. In Amerika scheint es nicht besser zu stehen, denn dort sind der Ueberspekulation in Fahrrädern drei große Gesellschaften zum Opfer gefallen: Die Liberty Cycle Company, New-York, befindet sich mit 200000 Dollars Verbindlichkeiten in Zahlungsstockung, ebenso die Merrimack Wheel und Gear Company, Amesbury mit 60000 Dollars, und die Jenskins Cycle Company, Chicago, mit 80000 Dollars.

Der Edison-Pavillon auf der Gewerbe-Ausstellung in Berlin ist am Sonntag Nachmittag ein Raub der Flammen geworden. Infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung entzündete sich gegen 4½ Uhr in dem hinteren Arbeitsraum des Pavillons bei Vorführung der lebenden Photographien eine Dekoration. Die Versuche eines Arbeiters, den Brand zu löschen, erwiesen sich als vergeblich. Glücklicherweise gelang es dem im Pavillon anwesenden Publikum, etwa 150 Personen, schnell das Freie zu gewinnen. Der Erbauer des Kaiserschiffes, Herr Architekt Karl Bauer, welcher sich unter den Zuschauern befand, hatte zuerst das Feuer entdeckt und das Publikum davon in Kenntnis gesetzt. Als man indessen den Pavillon verlassen wollte, stellte sich heraus, daß die Thür von innen verschlossen war. Herr Bauer, der die unruhig gewordenen Anwesenden zur Ruhe ermahnte, entdeckte indessen, daß der Schlüssel im Schlosse steckte, und so gelangte das Publikum ungefährdet hinaus. Kaum war das leicht gebaute Häuslein leer, als auch schon die Flammen überall emporloderten. Es gelang indessen, die zahlreichen wertvollen Apparate in Sicherheit zu bringen. Leider erfolgte die Feuermeldung sehr spät, so daß die ersten Löschzüge erst 23 Minuten nach Ausbruch des Brandes ankamen, als bereits die Flammen zum Dache hinausschlugen. Mit zwei Schläuchen gab die Platzwache sofort erfolgreich Wasser, die von Berlin herbeigeeilten Löschzüge der dritten und vierten Kompagnie traten nicht mehr in Aktion. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis gegen 7 Uhr abends hin, bis zu welcher Zeit eine nach Tausenden zählende Menschenmenge die Brandstelle umlagerte. Der Pavillon ist fast vollständig ausgebrannt.

Wegen eines schändlichen Verbrechens ist in Spandau am Sonnabend Abend ein Tischler namens Kahnert verhaftet worden. Während seine Frau, die er vor einem Jahre als Wittwe geheiratet hat und die als Arbeiterin der Munitionsfabrik für den Unterhalt sorgt, von Hause abwesend war, hat er seine zu Hause befindliche 15½jährige Stieftochter vergewaltigt. Die Frau selbst hat die Anzeige gegen ihren Mann erstattet.

Beim Ueberfahren des Geleises der Berlin-Hamburger Bahn wurde am Montag Abend in Hagenow ein Omnibus von dem 8 Uhr 42 Min. einfahrenden Eisenbahnzuge zertrümmert. Eine Person wurde getötet, 3 wurden verwundet, davon 2 schwer. Die Barriere war nicht geschlossen.

Ein ähnlicher Unglücksfall wird aus der Nähe von Halle gemeldet: Der Montag Nachmittag 2 Uhr 11 Min. von Halle abgehende Zug der Halle-Hettstedter Bahn fuhr, wie die „Saale-Ztg." berichtet, bei dem Passendorfer Bahnübergange auf einen mit Steinen beladenen Wagen des Fuhrwerksbesitzers Müller. Der Geschirrführer und ein Pferd wurden getötet, die Maschine erheblich beschädigt. Der Betrieb erlitt etwa eine 1½stündige Unterbrechung. Den Zugführer soll keine Schuld treffen.

Der Unglücksfall mit dem Theaterdolch. Der Schauspieler Frank, welcher in dem Stück „Die Sünden der Nacht" im Novelty-Theater in London seinen Mitspieler Crozier erstochen hatte, ist von der Jury am Sonnabend freigesprochen worden. Es stellte sich durch Zeugenaussagen heraus, daß das Unglück nicht geschehen sein würde, wenn der Verstorbene seinen bei den Proben verabredeten Platz inne gehalten hätte. Statt dessen ist er aber gerade in den Dolch seines Mitspielers hineingelaufen. Die Jury gab ein Verdikt auf „Tod durch Unglücksfall" ab, fügte aber einen Tadel hinzu über den Gebrauch von scharfen Waffen in Erstechungsszenen auf der Bühne.

Beispiellose Erfolge erzielt in England die Yacht des deutschen Kaisers „Meteor". Wie abermals berichtet wird, gewann die Yacht neulich bei der Regatta in Ryde das Hauptrennen, dessen Preise in einem Pokale von 6000 Mk. Wert und 3000 Mk. baar bestanden. Moximilian Harden war kürzlich so boshaft, seine Meinung dahin auszusprechen, daß die Engländer aus irgend einem politischen Grunde die Yacht des deutschen Kaisers absichtlich siegen lassen.

Quittung.

Für die im Ausstand befindlichen Kopkaschen Tischler gingen ein auf Listen: 12 (4. Rate) 3,50, 40 (7. Rate) —,80, 45 (2. Rate) 1,—, aus Rostock 1,44, bisher quittiert 2643,80, zusammen 2650,54 Mk.

Gewerkschaftskartell Herford: H. Linnenbröker.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Landespolizeiliche Anordnung

betreffend

die Beaufsichtigung der außerhalb der Vieh- und Pferdemärkte sowie der öffentlichen Schlachthäuser zusammengebrachten Viehbestände, der Viehställe u. s. w. durch beamtete Tierärzte.

Auf Grund des § 17 des Viehseuchengesetzes (Reichsgesetzblatt 1894 S. 410 fg.) und des § 7 des Preußischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 (G.-S. S. 128) bestimme ich, daß außer den Vieh- und Pferdemärkten, sowie den öffentlichen Schlachthäusern bis auf weiteres der Beaufsichtigung durch beamtete Tierärzte auch unterliegen

1) die von Unternehmern behufs öffentlichen Verkaufs in öffentlichen oder privaten Räumlichkeiten zusammengebrachten Viehbestände,
2) die öffentlichen Tierschauen,
3) die auf obrigkeitliche Anordnung veranlaßten Zusammenziehungen von Pferde- und Viehbeständen,
4) die Ställe der Viehhändler,
5) die Gastställe und
6) die privaten Schlachthäuser (Schlachtereien).

Zum Vieh (Tieren) im Sinne dieser Verordnung gehören Pferde, Rindvieh, Schweine und Schafe.

Die Beaufsichtigung ist in den Fällen zu Nr. 1 bis 3 eine regelmäßige, in den Fällen zu Nr. 4, 5 und 6 eine von Zeit zu Zeit zu wiederholende.

Die Kosten der Beaufsichtigungen fallen nach § 24 des oben genannten Ausführungsgesetzes in Verbindung mit § 7 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 18. Juni 1894 (G.-S. S. 115) vorbehaltlich der Bestimmung im § 27 des ersteren, den Unternehmern zur Last und werden in Ermangelung gütlicher Einigung von mir festgesetzt werden.

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatte in Kraft.

Minden, den 20. Juli 1896.

Der Regierungs-Präsident.
(gez.) v. Arnstedt.

Freitag, den 21. August, abends 7 Uhr,
in Lokale des Herrn **Einhaus**, Neuenkirchenerstraße

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in den hiesigen Formereien beschäftigten

Hand- u. Maschinenformer u. Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Aufnahme und Zahlung der Beiträge.
2. Wahl einer Ortsverwaltung.
3. Festsetzung der Versammlungsabende und des Lokals.
4. Verschiedenes. [2016

Der Einberufer.

Jubiläums-Ausgabe. 25

Durch die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstraße 20, ist zu beziehen:

Die Frau und der Sozialismus

von

August Bebel.

Fünfundzwanzigste Auflage.

Preis broch. Mk. 2,—, geb. Mk. 2,50.

Obiges Buch ist auch heftweise zu beziehen und zwar komplett in 10 Heften à 20 Pfg.

Wegen Geschäftsverlegung

Ausverkauf

sämtlicher vorhandener Waren, wie: **Schürzen, Kleidchen, Hemden, Decken, Strumpf- und Wollwaren. — Siamosen, Cattune, Barchende** zu billigen Preisen. 1920

Haus-Kleiderstoffe extra billig.

Viktoriastr. 6. C. F. Schleef.

2000

Fritz Meinhardt

Photographische Anstalt. Spezialität: Vergrößerungen.

Bielefeld, den 14. August 1896.
Obernthorwall 31.

Herrn Mißtrau, hier.

Auf Ihr wertes Schreiben vom 13. d. Mts. teile ich Ihnen höflichst folgendes mit:

Wählen Sie sich den Tag zur Aufnahme nach Belieben, denn es ist ganz belanglos, ob Sie an einem sonnigen oder trüben Tage kommen. Es besteht zwar in weiten Kreisen das Vorurteil, daß sich eine gute Aufnahme nur an hellen Tagen machen lasse, doch ist dies für die heutige Photographie ein „längst überwundener Standpunkt". Vermöge der hochempfindlichen Platten und vorzüglichen Instrumente ist der Photograph unabhängig vom Wetter. Kommen Sie daher mit vollem Vertrauen. Daß ich auch sonst unter schwierigen Verhältnissen noch recht gute Resultate erziele, mögen Sie aus beifolgendem Zeitungsbericht über Leistungen in meinem früheren Geschäft ersehen.

Hochachtungsvoll

Fritz Meinhardt.

„Cösliner Zeitung", 26. Januar 1894.

Heute lagen uns die photographische Aufnahmen der vom „Vaterländischen Frauen-Verein" gestellten Bilder vor. Die gute Ausführung überrascht umsomehr, weil für die Aufnahmen das Licht nicht geeignet und die Entfernung im Hinblick hierauf zu groß war. **Das gute Gelingen der Bilder legt für die Leistungen der Firma Möllendorf & Bachmann Nachf. (Inhaber Fritz Meinhardt) ein ehrendes Zeugnis ab.**

Die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20 hält folgende Broschüren vorrätig:

Curt Abel, Vier Wochen Vicewachtmeister. 86 Seiten. Preis 1 Mk.

Edmund Miller, früher Hauptmann z. D., Ein Aufschrei mißhandelter Soldaten, deutscher Landeskinder. 60 Seiten. Preis 60 Pfg.

Ernst Frank, Die Sklaven-Aufstände des Altertums. Preis 40 Pfg.

Wilh. Liebknecht, Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden. 3. Auflage. Sehr gediegene Agitationsschrift. 56 Seiten. Preis 30 Pfg.

Bin jeden Tag von 4 bis 6 Uhr im Hotel Kaiserhof, Bahnhofstraße, zu sprechen.

Dr. Hagemeier,
homöopath. Arzt,
1943*] **Herzebrock.**

Neu! **Celluloid-** Neu!

Portraits

von

Bebel, Liebknecht, Lassalle

in geschmackvoller Ausführung sind zum Preise von

10 Pfennig à Stück

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht.

Hochzeits-Einladungen

liefert schnell, sauber und billig

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Für meine Buntnäherei zur Anfertigung von **Damen- u. Kinderkleidern und Mänteln** suche per sofort oder später eine tüchtige

Zuschneiderin

welche eine Näherei selbständig leiten kann, gegen hohen Lohn bei dauernder Stellung. [2013

Fr. Bunte, Heeperstr. 48.

Gleichzeitig empfehle meine

Näherei

einem geehrten Publikum aufs angelegentlichste. Für solide Arbeit und guten Sitz übernehme die weitgehendste Garantie.

Werkführer

gesucht für Singer-System, von der

Nähmaschinen-Fabrik Prinetti, Stucchi & Co.,
2012] **Mailand.**

Gesucht

für ein 8 Tage altes Kind eine gute Pflege. [2017*

Näheres bei Frau Lütkemeier, Hebamme, Gehrenberg 34.

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Soeben erschienen sind folgende Broschüren und halten wir dieselben zur Anschaffung und zu **weitester Verbreitung** bestens empfohlen:

Zweierlei Recht.

Stenographischer Bericht

der Verhandlungen des Deutschen Reichstages

über die

Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts.

Preis 10 Pfg.

Der Militarismus auf der Anklagebank.

Ausführlicher Bericht

über die **Schwurgerichtsverhandlung** vom 29. Febr. 1896 gegen den Redakteur der „Münchener Post" Ed. Schmidt wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der bairischen Armee.

Preis 15 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht".